

Winfried Moser

## Regionale Disparitäten in Österreich beim Übergang von der Pflichtschule auf den Arbeitsmarkt

**Ein zentrales Ergebnis der vom Institut für Kinderrechte im Auftrag der oberösterreichischen Landesregierung durchgeführten und von der Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation des AMS Österreich fachlich unterstützten ESF-Studie zum Arbeitsmarkteinstieg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist: Ein beträchtliches Ausmaß der Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund ist durch Faktoren erklärbar, die mit einem »abstrakten Migrationshintergrund« nichts oder nur wenig zu tun haben. Deshalb wird mit dieser Arbeit für einen Paradigmenwechsel in der arbeitsmarktpolitischen Integrationsdebatte plädiert: Weg von der Fixierung auf die Defizite migrantischer Jugendlicher und hin zu einer stärkeren Beachtung jener gesellschaftlichen Bedingungen, durch die diese in zahllosen Untersuchungen immer wieder aufs Neue bestätigte Ungleichheit zwischen Jugendlichen aus zugewanderten und alteingesessenen Familien stets verlässlich reproduziert wird. Das vorliegende FokusInfo resümiert einige der im Rahmen dieser Studie getroffenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen.**

### Verbesserungen im System »Schule«

a) Jugendliche mit Migrationshintergrund erleben nach der Pflichtschule einen deutlich schwierigeren Übergang in die weiterführende betriebliche und schulische Ausbildung, es zeigte sich allerdings, dass die Übergänge in den östlichen Bundesländern, wo es ein besser ausgebautes schulisches Weiterbildungsangebot gibt, weniger schwierig verlaufen. Das bedeutet gleichzeitig: Nicht geglückte Übergänge sind zum Teil systemischen und damit nicht-individuellen Defiziten zuzuschreiben. Derzeit wird versucht, den Schwierigkeiten beim Übergang mit Hilfe von Maßnahmen zu begegnen, die sich sehr stark auf die Defizite der betreffenden SchülerInnen konzentrieren, die im Nachhinein (und vergleichsweise teuer) mit ÜBAs und neuerdings Produktionsschulen korrigiert werden sollen.

Diese Ausbildungsalternativen haben die undankbare (und unlösbare) Aufgabe, im Nachhinein die Fehler eines Schulsystems zu korrigieren, das erst jetzt im Begriff ist, sich auf eine stetige Zuwanderung einzustellen. Da das Schulsystem Selektionsmechanismen aufweist, die sich nicht an der Leistung der SchülerInnen orientieren, sondern an Merkmalen, die die

SchülerInnen selbst nicht verändern können (sozialer Hintergrund, Migrationshintergrund), werden die Hilfsmaßnahmen zu stigmatisierenden Institutionen (ÜBAs als »Lehre zweiter Klasse«). Die Überlegungen fokussieren mithin zu wenig auf die Wirksamkeit des Schulsystems selbst, zu wenig auf dessen starke soziale Selektivität.

### Nur vertiefende Analysen führen zu nicht-diskriminierenden Maßnahmen

Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund zwar nach der Pflichtschule häufiger die Schule verlassen, innerhalb des Segmentes der BildungsabbrecherInnen sind sie jedoch gegenüber Nicht-MigrantInnen, die ebenfalls nach der Pflichtschule keine weiterführende Bildung absolvieren, nichtmehr zusätzlich benachteiligt. Die Anteile der Erwerbstätigen wie auch der Arbeitslosen unterscheiden sich in den beiden Gruppen nicht signifikant. Aus diesem Blickwinkel wären Maßnahmen wie die im vorigen Jahr vorgeschlagene »Task-Force Migration« oder der bereits eingeführte »Migrantenindex« nur dann sinnvoll, wenn mithilfe der erhobenen Daten untersucht wird, inwiefern das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem selbst – d.h. Schulen, Ausbildungsbetriebe, die staatliche Bildungs- und Arbeitsmarktverwaltung – das Wirksamwerden meritokratischer Prinzipien behindern und damit das Merkmal der Migration zu einem immer wichtigeren Selektionskriterium machen. Für die alltäglichen Beratungsangebote des AMS sollten Informationen über den Migrationshintergrund hingegen keinerlei Auswirkung haben.

Freilich ist im öffentlichen Diskurs nicht davon die Rede, dass mithilfe des »Migrantenindex« die Weitervermittlungs- und Aufnahmepraxis von Schulen oder die Einstellungs- und Ausbildungspraxis von Betrieben beurteilt wird (etwa im Zusammenspiel mit der Lehrstellenförderung). So wie der »Migrantenindex« der Öffentlichkeit vermittelt wird, wirkt er stigmatisierend und stellt MigrantInnen als defizitäre Menschen dar, die gezielt betreut werden müssen, um sich am Arbeitsmarkt zurechtfinden zu können. Er konzentriert sich – wie viele Maßnahmen – zu stark auf kolportierte Integrationsdefizite von Zuwandererfamilien und zu wenig auf die Integrationsdefizite autochthoner Institutionen, die für die Integration der Jugendlichen ins Erwerbsleben zuständig sind. Die einseitige Implementierung von Monitoring-Systemen wie dem »Migrantenindex« leistet dieser Asymmetrie weiter Vorschub, macht aber – auf diese Weise isoliert – keinen Sinn.

*Fortsetzung →*

[Themennavigator/Download der Studie](#)

**AMS-Studie: Wohin nach der Ausbildung? Bildungsbezogenes Erwerbskarrierenmonitoring 2012 – bibEr-Bericht 2012**

Weitere interessante Volltext-Publikationen zum Thema finden Sie unter Verwendung selbstgewählter Stichworte in der E-Library des AMS-Forschungsnetzwerkes: [Bibliographische Suche](#) – [Volltextsuche](#)

[www.ams-forschungsnetzwerk.at](http://www.ams-forschungsnetzwerk.at)

... ist die Internet Adresse des AMS Österreich für die Arbeitsmarkt-, Berufs- und Qualifikationsforschung

Medieninhaber und Herausgeber: AMS Österreich, Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, A-1200 Wien, Treustraße 35–43  
Die in den FokusInfos geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Herausgebers übereinstimmen.

### **Reform des Bildungssystems im Hinblick auf Durchlässigkeit**

Die Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität des Schulsystems sind wohlbekannt: Bildung muss früher im Leben beginnen (im Kindergarten), darf nicht so früh selektieren (Gesamtschule), muss in der Grundschule ihre sozial integrative Funktion wahrnehmen (Ganztageschule) und sollte angesichts der allgemeinen Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte länger dauern (Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr, inklusive Reform der neunten Schulstufe). Als besonders wichtig ist eine Reform der Durchlässigkeit des Bildungssystems einzustufen. Zusätzlich zu den 80.000 Kindern, die jedes Jahr regulär in die erste Klasse Volksschule kommen, werden durch Zuwanderung pro Jahr etwa 17.000 Bildungs-QuereinsteigerInnen im Pflichtschulalter erwartet; die Anteile derer, die den Übertritt in die Oberstufe nicht ohne Umwege bewältigen können, wird größer, und auch der Anteil der 19- bis 24-Jährigen mit Lehrabschluss, die bereits einen Berufswechsel

hinter sich haben, ist mit 25 Prozent überraschend hoch und wird mit dem zunehmenden Gewicht dienstleistungsorientierter Tätigkeiten noch weiter steigen.

### **Fazit**

Es ist davon auszugehen, dass Bildungsverläufe und Berufseinstiege zunehmend auf verschlungenen Pfaden verlaufen und vordefinierte Bildungskarrieren immer stärker an Gewicht verlieren, und zwar bei Zugewanderten wie bei Nicht-Zugewanderten. Diese gesellschaftliche Entwicklung muss in einer Flexibilisierung des Bildungssystems ihre Entsprechung finden, in dem Übergangskorridore zwischen Ausbildungsinstitutionen nicht so eng gesteckt sind, wie es derzeit der Fall ist, aber auch in der Entwicklung eines entsprechenden standardisierten, transparenten und nachvollziehbaren Stipendienwesens, durch das spätere Einstiege in das weiterführende Schulsystem – ähnlich der universitären Ausbildung – individuell finanziert werden können. ❖